

A 2

Kinderarmut bekämpfen und bessere Bildung für alle Kinder - Demographischen Wandel zukünftig berücksichtigen

Antragsteller:

Unterbezirksvorstand SPD Remscheid

Adressat:

SPD-Bundespartei

1 Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz unter der rot-grünen Regierung und mit
2 dem von der SPD durchgesetzten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz
3 sind wir große Schritte weiter gekommen auf dem Weg zu mehr
4 Bildungschancen für die Kinder und besserer Vereinbarkeit von Familie und
5 Beruf für die Eltern.

6

7 Es kommt nun darauf an, diesen Rechtsanspruch solide und nachhaltig
8 durchzufinanzieren und einen konkreten Fahrplan mit verbindlichen
9 Festlegungen auf Zwischenschritte zu vereinbaren, so dass der Rechtsanspruch
10 ab 2013 gegeben ist. Der Aufbau der zusätzlichen Infrastruktur muss
11 einhergehen mit einer Qualitätsoffensive für Bildung und Betreuung der
12 Jüngsten. Dazu gehört auch eine entsprechende Qualifizierung der
13 Erzieherinnen und Erzieher. Neben diesen Aufgaben müssen aber noch stärkere
14 Anstrengungen unternommen werden, die anwachsende Kinderarmut zu
15 bekämpfen. Zentraler Ansatzpunkt ist dabei das Aufbrechen des
16 Zusammenhangs von materieller Armut und Bildungsarmut. Wichtige Beiträge
17 zur Erreichung dieses Ziels dabei sind:

18

19

20 Beitragsfreiheit der Kinderbetreuung und frühen Förderung:

21 Wir müssen in Deutschland die Hindernisse dafür abbauen, dass alle Kinder
22 Zugang zu frühstmöglicher individueller Förderung erhalten. Eine solche Hürde
23 sind die zu zahlenden Beiträge für die Kinderbetreuungseinrichtungen bis zur



A 2 Kinderarmut bekämpfen und bessere Bildung für alle Kinder - Demographischen Wandel zukünftig berücksichtigen

Seite 2

24 Grundschule und Elternbeiträge in den Ganztageschulen. Das Ziel muss es
25 sein, diese am Ende komplett kostenfrei zu stellen. Dies kann nicht in einem
26 Schritt stattfinden, sondern muss sukzessive passieren. Gemeinsam mit den
27 Ländern und Kommunen muss der Bund den Einstieg in diese notwendige
28 Entwicklung schaffen. Die Verabredungen zu einem solchen Pakt für
29 Kinderbetreuung müssen in zukünftige Verhandlungen und Konzepte, über die
30 quantitativen Verbesserungen von frühkindlicher Betreuung, integriert werden.
31 Als erstes muss das erste Kindergartenjahr kostenfrei gestellt werden, um so
32 einen Anreiz zu einer möglichst frühen Förderung zu schaffen.

33

34 Das letzte Kindergartenjahr soll zu einer "Starter-Klasse" vor dem Wechsel in die
35 Grundschule ausgebaut werden. Eine solche mittel- und langfristige
36 Vereinbarung muss auch Raum haben für die Länder, die dies aus eigener Kraft
37 bereits realisieren, und weitere Schritte zur völligen Beitragsfreiheit gehen
38 möchten.

39

40

41 **Kinderzuschlag weiterentwickeln:**

42 Die Realität zeigt uns, dass die existierenden familienpolitischen Leistungen nicht
43 zielgenau genug sind, um die steigende Kinderarmut zu bekämpfen. Ein
44 wichtiger Schritt, der auch verteilungspolitisch geboten ist, wäre es, das
45 Kindergeld auf die Höhe der maximalen Steuerersparnis der Spitzenverdiener
46 anzuheben, die sie durch die kinderbezogenen Freibeträge erhalten. Dieser
47 finanzielle Kraftakt würde aber die Spielräume für einen stärkeren Ausbau der
48 Betreuungsinfrastruktur zu stark einschränken und daher falsche Prioritäten
49 setzen. Kurzfristig machbar und zugleich zielgenau ist es, den Kinderzuschlag
50 quantitativ als auch qualitativ so auszubauen, damit mehr Familien als bisher von
51 ihm profitieren könnten. Zusätzlich sollte die begrenzte Bezugsdauer des
52 Kinderzuschlags aufgehoben werden. Diese Schritte können zwar die
53 bestehenden verteilungspolitischen Ungerechtigkeiten in der Familienförderung
54 nicht gänzlich aufheben, wären aber wichtige Hilfen für von Armut bedrohte
55 Familien und würden den Weg ebnen hin zu einer bedarfsorientierten
56 Kindergrundsicherung.

57

58



A 2 Kinderarmut bekämpfen und bessere Bildung für alle Kinder - Demographischen Wandel zukünftig berücksichtigen

Seite 3

59 **Kinderrechte ins Grundgesetz:**

60 Wir wollen in Deutschland die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz,
61 um den Schutz, die Förderung und die Beteiligung von Kindern zu verbessern.
62 Mit einer solchen Verfassungsänderung machen wir klar: Kinder haben das
63 Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, sie haben das Recht
64 auf Förderung ihrer Stärken und Talente und müssen vor Vernachlässigung
65 geschützt werden. In der Konsequenz würden die Rechte und Bedürfnisse von
66 Kindern stärker in den Blickpunkt rücken.

67

68

69 **Nationale Bildungsstrategie:**

70 Ungeachtet der Rückschläge bei der Föderalismusreform I ist es unerlässlich,
71 wichtige Bildungsfragen im Rahmen einer Nationalen Bildungsstrategie zu
72 regeln. Dabei kann es nicht nur um die Förderung von Exzellenz und
73 Spitzenausbildung gehen. Die Bildungsstrategie braucht insbesondere auch eine
74 soziale Dimension. Folgende Aspekte wollen wir in einer solchen Strategie
75 verankern:

- 76 • Massive Senkung der Abbrecherzahlen an Schulen und Verhinderung
77 von Abschlüssen.
- 78 • Garantie eines flächendeckenden kostenlosen Zugangs zu einem
79 ausreichenden Grundbedarf an Schul- und Lernmitteln.
- 80 • Stärkere Berücksichtigung von Fragen gesundheitlicher Aufklärung und
81 Prävention.
- 82 • Ausbau der Angebote für gesundes und kostenfreies bzw.
83 kostengünstiges Essen in Schulen und Betreuungseinrichtungen.
- 84 • Stärkung der Medienkompetenz.

85

86 Diese soziale Dimension der nationalen Bildungsstrategie ist in regionalen
87 Bildungsplänen mit dem Gesamtkonzept der sozialen Stadt zu verbinden.

88

89

90 **Mehr Bildungschancen und höhere Durchlässigkeit:**

91 Angesichts des existierenden und sich weiter verschärfenden Fachkräftemangels
92 müssen wir noch stärker in die Bildungschancen aller investieren. Angesichts
93 einer wachsenden Zahl von jungen Menschen, die sich schon lange vergeblich



A 2 Kinderarmut bekämpfen und bessere Bildung für alle Kinder - Demographischen Wandel zukünftig berücksichtigen

Seite 4

94 um eine Ausbildungsstelle beworben haben, müssen neue Wege gegangen und
95 kreative Maßnahmen ergriffen werden. Ein weiteres Handlungsfeld liegt in der
96 Stärkung einer attraktiven und leistungsfähigen Hochschullandschaft, die nicht
97 nur Höchstleistungen in der Breite und der Spitze erbringt, sondern sich durch
98 mehr Durchlässigkeit besser in eine Kultur des lebenslangen Lernens einfügt
99 sowie jungen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu akademischer
100 Ausbildung garantiert, unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund. Wichtige
101 Bestandteile hierfür sind:

- 102 • Schnelle und spürbare BAföG-Erhöhung: Mehr Chancengleichheit an den
103 Hochschulen und höhere Studierendenzahlen sind nur mit einem starken
104 BAföG zu erreichen. Studierende aus sozial schwächeren oder
105 bildungsfernen Schichten sind auf eine deutliche Erhöhung dringend
106 angewiesen.
107
- 108 • Keine Kleinstaaterei in der Hochschulpolitik: Die Kleinstaaterei in der
109 Hochschulpolitik durch die geplante Abschaffung des
110 Hochschulrahmengesetzes ist ein Irrweg. Zentrale Service-Angebote
111 werden daher wichtiger. Die Länder müssen die ZVS bei der
112 Weiterentwicklung zur Serviceeinrichtung finanziell ausreichend
113 unterstützen, damit sie künftig eine Top-Beratung anbieten kann.
114
- 115 • Sonderprogramme zur Ausbildung: Fachkräftemangel und
116 Lehrstellenmangel sind auch im derzeitigen Aufschwung weiterhin
117 absurde Realität. Wir müssen mehr Anstrengungen unternehmen, um
118 gerade die in den letzten Jahren angewachsene Zahl von unversorgten
119 Altbewerbern um einen Ausbildungsplatz zu reduzieren. Daher brauchen
120 wir ein Sonderprogramm Ausbildung, um 100.000 Jugendlichen eine
121 überbetriebliche Berufsausbildung zu ermöglichen. Wir müssen jedoch
122 auch neue Wege gehen: Im Rahmen eines entwicklungspolitischen
123 Freiwilligendienstes wollen wir jährlich 10.000 jungen Menschen in
124 Deutschland die Chance auf einen Berufsstart und zusätzliche
125 Qualifikation eröffnen. Dazu sollen sie bis zu 2 Jahren in konkreten
126 Projekten in den Entwicklungsländern eingesetzt werden.
- 127 • Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung: Wer eine
128 Berufsausbildung abgeschlossen hat, muss leichter studieren können. Ein



A 2 Kinderarmut bekämpfen und bessere Bildung für alle Kinder - Demographischen Wandel zukünftig berücksichtigen

Seite 5

129 bundesweit einheitlicher und transparenter Hochschulzugang für
130 Facharbeiter und Gesellen ist überfällig. Im Koalitionsvertrag haben wir
131 mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen vereinbart. Jetzt
132 müssen Vorschläge und Initiativen auf den Tisch.

133

134

135 **Förderprogramm Demographischer Wandel:**

136 Der demographische Wandel erfordert eine vorausschauend gestaltende Politik.
137 Dies betrifft auch die Frage, wie die konkrete Ausgestaltung einer Politik für mehr
138 Lebensqualität in einer alternden Gesellschaft aussehen kann. Dem individuellen
139 Wunsch der Menschen, bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in der
140 eigenen Wohnung zu führen, stehen noch zu oft mangelnde infrastrukturelle
141 Voraussetzungen entgegen. Die Förderung von Maßnahmen zur
142 selbstständigkeitserhaltenden und –fördernden Lebensführung bietet dabei nicht
143 nur ein enormes Potenzial zur Verbesserung der Lebensqualität im Alter, sie
144 erschließt auch das noch zu stark brach liegende ökonomische Potenzial der
145 Seniorenwirtschaft in einer alternden Gesellschaft. Auch dem lokalen Handwerk
146 eröffnet sie neue Betätigungsfelder und schafft somit Perspektiven für mehr
147 Beschäftigung. Wir setzten uns daher ein für:

- 148 • Ein Infrastrukturprogramm zum barrierefreien und altengerechten Ausbau
149 des Wohnungsbestandes sowie des Wohnumfeldes.
- 150 • Die finanzielle Förderung der Nutzung von haushaltsnahen
151 Dienstleistungen, insbesondere von einkommensschwachen Seniorinnen
152 und Senioren.
- 153 • Maßnahmen zur Stärkung des Präventionsgedankens in der
154 gesundheitlichen Vorsorge und Absicherung durch ein
155 Präventionsgesetz.

156

157 *angenommen: X*

158 *abgelehnt:*

159 *überwiesen an:*